

Niederschrift

der IX/38. Sitzung

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 23. Januar 2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:50 - 18:52 Uhr während TOP 5 ö. T.
Sitzungsort: Sitzungsraum des Rathauses in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Ausschussmitglieder

Hans-Georg Bette ab 18:04 Uhr während TOP 1 ö. T.
Alfons Brüggemann
Ulrich Cater
Dieter Eickelmann
Rudolf Ewers
Ralf Fischer
Jürgen Meyer
Ludwig Poggel
Heinz-Josef Rötze
Bernd Schrewe als Vertreter für Hubertus Heuel
Dr. Matthias Schütte
Werner Voss
Wilfried Welfens
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtverwaltungsrat Andreas Plett
Stadtangestellter Michael Beste zu TOP 1 ö. T.

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Aufgrund besonderer Einladung

Hubertus Schmidt Geschäftsführer Schmallenger Sauerland
Tourismus GmbH - zu TOP 1 ö. T.
André Mergheim zu TOP 1 ö. T.

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist in der Einladung aufgeführt.

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Ausschuss stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Vorstellung des Pilotprojekts "Erneuerung Wanderwegenetz"	mündl. Vortrag
2.	Wiederwahl des Beigeordneten und Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters	IX/1436
3.	Entwicklung der Zweitwohnungssteuer	IX/1429
4.	Änderungen im Straßenbaubeitragsrecht ab dem 01.01.2020	IX/1442
5.	Erweiterung Zuschussantrag Brunnenanlage Oberkirchen	IX/1441
6.	Besetzung der Bewertungskommission zum Stadtwettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2020	IX/1438
7.	Bericht der Verwaltung	
8.	Verschiedenes	
B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Veräußerung von Gewerbeflächen im Gewerbepark Hochsauerland	IX/1433
2.	Personalangelegenheit - Versetzung eines Beamten in den Ruhestand	IX/1432
3.	Befristete Niederschlagung rückständiger Insolvenzforderungen	IX/1426
4.	Bericht der Verwaltung	
5.	Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Vorstellung des Pilotprojekts "Erneuerung Wanderwegenetz" **mündl. Vortrag**

Herr Halbe begrüßt zu diesem Punkt Herrn Hubertus Schmidt, Geschäftsführer Schmallenberger Sauerland Tourismus GmbH, und Herrn André Mergheim, die anhand der nachfolgend abgebildeten Präsentation den aktuellen Sachstand der Projekte Wanderwege-revision sowie Wander-Initiative erläutern und die aufgeworfenen Fragen beantworten.



Aktueller Stand der Wanderwegerevision im Schmallenger Sauerland

Sachstandbericht: André Mergheim & Hubertus Schmidt



Wanderwege-Revision

Hintergrund und allgemeine Informationen

- Erstinstallation: Das Wanderwege-Leitsystem wurde im Jahr 2000 im Lennetal errichtet
- Inventur: Gründung eines AK im Januar 2018: Bestehend aus SGV, Stadt Schmallenberg, VVSS / Hotellerie, SST und André Mergheim
- Im 1. Schritt erfolgte eine Komplett-Inventarisierung der Wanderschilder durch André Mergheim im kompletten Stadtgebiet (2018)
- Budget zur Inventarisierung: 22.500,00 € standen für die Inventarisierung zur Verfügung



Wanderwege-Revision

	Budget	Schilder geplant	Schilder errichtet
Alpe Köckelheim	7	42	27
Bell Friedeburg	44	89	60
Berghausen	11	42	28
Bischofsfeld	70	117	117
Bracht	9	40	33
Dorlar	7	30	22
Felsche-Werpe	6	20	10
Friedenberg	22	56	42
Gierdorf	7	35	29
Gräfenhain	12	81	46
Hochhausen	23	32	20
Ingelhausen	31	81	61
Kirchbach	20	39	31
Lärup	26	72	54
Lennep	12	45	29
Müller	0	13	13
Niederbarnsdorf-Monkhausen	1	36	18
Niedersorpe-Winkelhausen	71	132	62
Nordenau	24	46	67
Oberbarnsdorf	24	45	27
Oberkirchen	85	96	75
Oberniedbach	8	31	27
Schance	38	58	34
Schmalldenberg	49	96	84
Selkendorf	4	26	21
Sellinghausen-Altenbühl	18	74	52
Sorpedal-Rohlsdorf	11	69	54
Gesamt	517	1.177	778
Wormbach	8	22	18



Wanderwege-Revision

Inventurarbeiten und deren Ergebnisse

- Beispiel Westfeld-Ohlenbach: Hier stehen insgesamt 115 Schilder, durch die Inventarisierung wurde ein Bedarf von 97 neuen Schildern ermittelt. Demnach müssen 71 Schilder ausgetauscht und 26 Schilder neu installiert werden.
- Durchschnittlich sind knapp 42 % der Schilder fehlerhaft oder fehlen komplett.



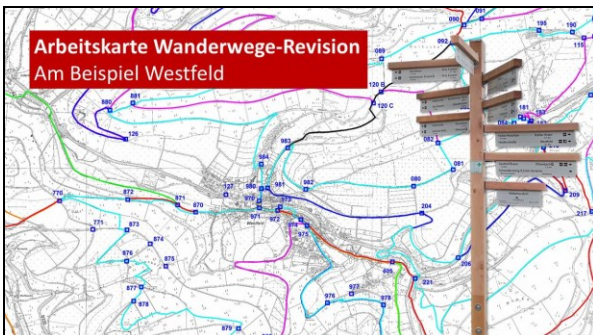
Wanderwege-Revision

Pilotregion zum Umsetzung der Wege-Revision

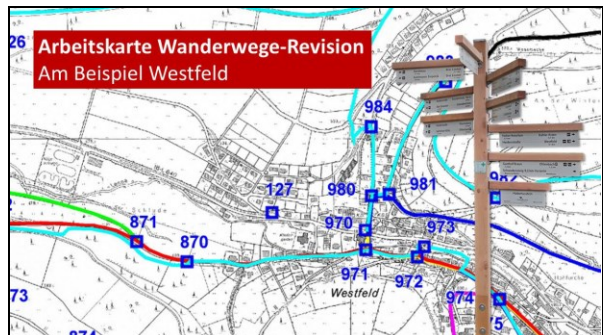
- Als Pilotregion für die Umsetzung der Instandsetzung wurden die Orte Nordenau / Westfeld / Ohlenbach festgelegt.
- Hier wurde im Jahr 2019 das Wanderleitsystem komplett überarbeitet und aktualisiert.
- Innerhalb dieser Pilotregion ergaben sich im Schwerpunkt auch die meisten Erneuerungen und Veränderungen im Stadtgebiet, da hier das Wanderleitsystem am ältesten ist.



Arbeitskarte Wanderwege-Revision Am Beispiel Westfeld



Arbeitskarte Wanderwege-Revision Am Beispiel Westfeld



Wanderwege-Revision

Beispiele der aktualisierten Wanderbeschilderung



Wanderwege-Revision

Beispiele der aktualisierten Wanderbeschilderung



Wanderwege-Revision
Beispiele der aktualisierten Wanderbeschilderung

Wanderwege-Revision
Zahlen und Wirtschaftlichkeit

- Der finanzielle Aufwand für die Umsetzungsarbeiten in der Pilotregion lag bei einem Gesamtvolumen von 32.000 € netto.
- Die Stadt Schmallenberg hat eine Zuwendung von 25.000 € pro Jahr für die Zeit von 2019 - 2022 bewilligt. Finanzielle Unterstützung kommt ebenfalls vom Verkehrsverein Schmallenger Sauerland e.V. mit ca. 7.000 € pro Jahr.
- Wanderwege-Initiative: Im Rahmen des Projektes „Wanderwege-Initiative“ werden ebenfalls Mittel für die Wegerevision freigesetzt.

Wanderwege-Revision
Weiteres Vorgehen...

- Es wird vorgeschlagen, die Revision wie folgt fortzusetzen:
 - 2020: Oberkirchen, Sorpetal, Winkhausen, Grafschaft, Schanze
 - 2021: Fleckenberg, Latrop, Jagdhaus, Lenne, Schmallenberg, Teile des Hawerlandes
 - 2022: Dorlar, Henne-Rartal, Bad Fredeburg, Bödefeld, Rest des Hawerlandes

Schmallenberg^{ev}
Sauerland

Aktueller Stand der Wander-Initiative

Wander-Initiative: Projektübersicht
10 Teilprojekte für mehr Wanderqualität

- Latrop: Neuer Qualitätswanderweg
- Fleckenberg: Panoramaweg „Alte und neue Aussichten“
- Schmallenberg: Naturpfad „Lenne lebt“ / Holzerlebnisparcours
- Niedersorpe: Entwicklung Qualitätsweg „Rothaarsteig-Spur“
- Bad Fredeburg: Kneippwanderweg
- Sellinghausen: Bergmannsfahrt
- Eslohe: Rundwanderweg „Esselsteig“
- Bödefeld: Qualitätssicherung Hollenpfad
- Oberhenneborn: Ergänzung der neuen Fotoroute / Aussichtsplattform
- Grafschaft: Auf historischen Spuren

Wander-Initiative: Projektübersicht
Aktueller Stand im Projekt

- Mit den meisten Projektpartnern wurden **Gespräche** geführt um die Detailplanungen weiter voran zu bringen.
- Die Projektpartner sind derzeit dabei entsprechende **Angebote und Genehmigungen** einzuholen, z.T. müssen noch Benehmensverfahren über den SGV eingeleitet werden
- Die Aufarbeitung aller Projekte ist im **Detail teils sehr aufwändig** und der Beratungsaufwand entsprechend hoch = mehr Zeitaufwand nötig

Im Anschluss an den Bericht weist Herr Halbe darauf hin, dass der Rat im Haushalt 2020 25.000 € bereitgestellt habe, jedoch für die konkrete Zahlung von Mitteln noch ein Einzelbeschluss erforderlich sei. Er stellt die Frage in den Raum, ob die Verwaltung eine Vorlage dazu erarbeiten soll oder ob heute die Bereitschaft zur Beschlussfassung da sei.

Herr Bette schlägt vor, dass eine Vorlage ergänzend für die Tagesordnung der anstehenden Ratssitzung erarbeitet werde und der Haupt- und Finanzausschuss die Beschlussfassung an den Rat delegiere.

Herr Halbe kündigt an, dass die Verwaltung eine Vorlage für den Rat erstellen werde, die die Vergabe der Mittel für 2020 - wie dargestellt - beinhaltet.

Bedenken gegen diesen Vorschlag werden nicht erhoben.

TOP 2 **Wiederwahl des Beigeordneten und Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters** **IX/1436**

Zu diesem Punkt verlässt Herr König den Sitzungssaal, ebenso Herr Dicke und Herr Plett.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

1. Herr Beigeordneter Burkhard König wird gem. § 71 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 15 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg zum Beigeordneten wiedergewählt und vorbehaltlich der Bestätigung der Wahl durch die Kommunalaufsichtsbehörde mit Wirkung vom 01.07.2020 für die Dauer von 8 Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen und zum Beigeordneten der Stadt Schmallenberg ernannt.
2. Herr König wird mit Wirkung vom 01.07.2020 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 LBesO eingewiesen.
3. Gleichzeitig wird Herr König als Erster Beigeordneter gem. § 68 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellt.

TOP 3 Entwicklung der Zweitwohnungssteuer

IX/1429

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 4 Änderungen im Straßenbaubeitragsrecht ab dem 01.01.2020

IX/1442

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 5 Erweiterung Zuschussantrag Brunnenanlage Oberkirchen

IX/1441

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Cater führt aus, dass ihm die Höhe der Gesamtkosten von 75.000 € die Sprache verschlage. Der Brunnen in Grafschaft habe ca. 30.000 € gekostet und auch die erste Zuschussgewährung für Oberkirchen im letzten Jahr habe sich auf diesen Betrag belaufen. Und nun solle noch ein weiterer Zuschuss für Oberkirchen nachgeschoben werden. Man könne den Eindruck haben, dass der Verkehrsverein Oberkirchen mit der Planung überfordert sei. Herr Cater spricht sich dafür aus, die Zuschussgewährung auf breitere Füße zu stellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er fragt, ob eine Beratung dieses Punktes im Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld vorgesehen sei. Um die breite Öffentlichkeit einzubeziehen, halte er eine Beratung im Bezirksausschuss für sinnvoll.

Herr Wiese legt dar, dass er das Gefühl habe, dass die Maßnahmen etwas außer Kontrolle geraten sei. Er stellt die Frage, auf welcher Grundlage der Haupt- und Finanzausschuss beschließe.

Herr Dr. Schütte erläutert, dass die Erneuerung der Brunnenanlage in Oberkirchen Teil eines Gesamtprojektes im Rahmen der Dorferneuerung sei. Unter dem alten Brunnen habe sich eine Menge Beton befunden. Dies habe zu einem größeren Aufwand bei den Abbrucharbeiten geführt. Die Mehrkosten im Tiefbaubereich seien so nicht erwartet worden.

Herr Cater ist der Meinung, dass bei Kosten von 75.000 € die Bevölkerung im Dorf aufgeklärt werden sollte und regt die Darstellung im Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld an.

Herr Ewers schließt sich dem an und spricht sich für eine Beratung im Bezirksausschuss aus. Er erwähnt, dass in Kirchrarbach ein ähnliches Projekts umgesetzt worden sei und dort ein Zuschuss von 12.000 € gewährt worden sei.

Herr Dr. Schütte bezieht sich auf den Haushaltsansatz und erklärt, dass die Kosten darunter liegen. Man habe in Oberkirchen mit den Arbeiten angefangen und nun liege die Baumaßnahme so da. Er ist sich sicher, dass bei einer Beratung im Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld dieser den Zuschuss bewilligen werde. Daher spricht er sich dafür aus, hier und heute über die Zuschussgewährung zu entscheiden.

Herr Halbe führt aus, dass die Diskussion zeige, dass es richtig sei, solche Punkte im Haupt- und Finanzausschuss darzustellen. Zur Frage der Überweisung des Punktes an den Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld regt er an, den Punkt zur Entscheidung an den Bezirksausschuss zu verweisen.

Zur Meinungsbildung in den Fraktionen wird die Sitzung an dieser Stelle von 18:50 bis 18:52 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schlägt Herr Dr. Schütte vor, den Punkt zur Entscheidung in den Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld zu verschieben.

Diesen Vorschlag stellt Herr Halbe zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt bei einer Enthaltung einstimmig, den Punkt zur Entscheidung an den Bezirksausschuss Oberkirchen/Westfeld zu verweisen.

TOP 6 Besetzung der Bewertungskommission zum Stadtwettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2020 IX/1438

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr Halbe bittet um Korrektur der teilweise falschen Fraktionsnennungen bei den Namen in der Vorlage. Die Beschlussfassung werde ohne die Parteienennung in den Klammervermerken erfolgen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, die Bewertungskommission zum Stadtwettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2020 wie folgt zu besetzen:

Leiter der Kommission:	Herr Bürgermeister Bernhard Halbe
Konzeption und deren Umsetzung:	Herr Technischer Beigeordneter Andreas Dicke Vertreter: Herr Wilfried Welfens
Wirtschaftliche Entwicklung und Initiativen:	Frau Huberta Sasse Vertreterin: Frau Maike Ochsenfeld
Soziales und kulturelles Leben:	Herr Rudolf Ewers Vertreterin: Frau Katja Lutter
Baugestaltung und Entwicklung:	Herr Michael Franke Vertreter: Herr Heiner Beste
Grüngestaltung und Dorf in der Landschaft:	Herr Franz-Josef Hellermann Vertreter: Herr Günter Schütte

TOP 7 Bericht der Verwaltung

TOP 7.1 Wahlbezirkseinteilung

Herr Halbe berichtet von einem aktuellen Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes zur Wahlbezirkseinteilung. Die Wahlbezirke sollen gleich groß sein. Aus Gründen der Praktikabilität seien Abweichungen zulässig. Er erläutert das bisherige Verfahren und informiert über die Änderungen seitens des Gesetzgebers. Nun sei Grundlage die Zahl der wahlberechtigten Einwohner. Dadurch ergeben sich Verschiebungen. Außerdem habe der Landesverfassungsgerichtshof gesagt, dass eine Normalabweichung von 15 % vom Durchschnitt zulässig sei, in Ausnahmefällen 25 %. Dies führe dazu, dass sich die Verwaltung die Wahlbezirkseinteilung ansehen werde. Für Schmallenberg und Bad Fredeburg sei das nicht gravierend, im dörflichen Bereich dagegen sei das schon schwieriger, insbesondere in Fleckenberg und im Hawerland. Die Verwaltung glaube, dass nach dem bisherigen Stand die Abweichungen zu rechtfertigen seien, könne aber noch nichts abschließendes zu den Konsequenzen des Urteils sagen und werde sich anwaltlich beraten lassen. Die Ratsmitglieder, die im Wahlausschuss vertreten sind, mögen sich bitte auf eine zusätzliche Sitzung des Wahlausschusses einrichten. Die Verwaltung habe als Termin den 27.02.2020 ins Auge gefasst.

TOP 7.2 Wisent-Projekt

Auf den von Herrn Poggel zu Beginn der Sitzung angesprochenen, als Anlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Wisente hatte Herr Halbe einen Sachstandsbericht der Verwaltung an dieser Stelle angekündigt.

Herr Halbe führt aus, dass Ministerin Heinen-Esser zugesagt habe, an einer Informationsveranstaltung in Schmallenberg teilzunehmen. Zu dieser Informationsveranstaltung würde die Stadt Schmallenberg einladen. In der Sitzung sollen die aktuellen Planungen zum Gebiet und zum Zaun dargestellt werden. Stattfinden solle die Veranstaltung am 26.02.2020 um 19:00 Uhr entweder im Dorfhaus Latrop oder in der Stadthalle.

Herr Halbe berichtet weiter, dass er permanent öffentlich Informationen eingefordert habe zu den Fragen, welches Gebiet betroffen sei und zur Bauweise des Zaunes. Aus seiner Sicht nehme das Ganze einen unerfreulichen Verlauf. Wenn man gemeinsam mit den Waldbauern einen Weg suche, könne der nur darin bestehen, das Projekt abubrechen.

Herr Poggel ist empört, dass ein Zaun ohne die Beteiligung der Stadt auf deren Stadtgebiet eingerichtet werden soll. Die Unzufriedenheit wachse. Es müsse ein Machtwort gesprochen werden und nicht nur eine Informationsveranstaltung stattfinden. Die Stadt Schmallenberg könne sich nicht vorführen lassen.

Herr Halbe teilt mit, dass für den Zaun eine Baugenehmigung erforderlich sei und Baugenehmigungsbehörde sei die Stadt Schmallenberg.

Herr Fischer hat die Fläche hochgerechnet und stellt fest, dass mit 700 von 840 ha 80,4 % des Gebietes im Bereich der Stadt Schmallenberg liege und zwar in einem hochsensiblen Bereich eines FFH-Gebietes. Das sei eine ökologische Katastrophe und grotesk.

Herr Schrewe gibt zu bedenken, dass der Rothaarsteig durch das Gebiet führe und dort sportliche Veranstaltungen stattfinden.

Herr Dr. Schütte führt aus, dass dies ein Abwägungsprozess des Landes sei. Man müsse eine konstruktive Lösung finden.

Herr Poggel erwähnt, dass sich der Tourismus vor Beginn des Wisent-Auswilderungsprojektes von Anfang an dagegen ausgesprochen habe und zwar aufgrund von Beschlüssen

des Gesamtverkehrsvereins. Bei der sich nun zeigenden Entwicklung seien die Betroffenen in der Stadt Schmallenberg die Gelackmeierten. Ob in Düsseldorf jemand mit dem Vorgehen in Schmallenberg einverstanden sei, interessiere ihn nicht.

Herr Wiese möchte wissen, welche Chancen die Stadt Schmallenberg als Baugenehmigungsbehörde habe.

Herr Halbe erläutert, dass das Baugenehmigungsverfahren eine reine Rechtsprüfung sei, ggf. unter Beteiligung der vorgesetzten Behörde.

Herr Bette erkennt in der heutigen Diskussion eine gemeinsame Skepsis gegen den Zaun. Er regt an, einen wohldosierten Text zu formulieren und ihn an die Akteure zu transportieren.

Herr Eickelmann findet das Ziel der Errichtung eines Zauns richtig und meint, dass das eingezäunte Gebiet in Wittgenstein liegen könne.

Herr Bette stellt den Antrag, eine Petition bzw. eine Resolution zu erstellen und im Rat zu beschließen.

Herr Meyer findet, wenn man eine Resolution ohne Lösung vorschlage, bringe das nichts. Die Stadt Schmallenberg müsse sagen, was sie wolle. Herr Fischer erklärt, dass das, was die Stadt wolle, das Ende des Projekts sei. Dann müsse man das sagen, so Herr Meyer.

Herr Winkelmann legt dar, dass es nicht um die rechtliche Seite gehe. Das Vorhaben sei gescheitert. Die Stadt Schmallenberg wolle das Projekt nicht. Auch wirtschaftlich sei das Projekt nicht sinnvoll.

Herr Bette erklärt, dass Argumente gesammelt worden seien, die gegen den Zaun sprechen. Er sieht die Stadt Schmallenberg nicht in der Pflicht, Alternativen zu bieten.

Herr Halbe informiert, dass es eine Klausel in dem Vertrag gebe, nach der das Projekt beendet werden könne. Die Logik sei, dass die Stadt Schmallenberg den Antrag stelle, das Projekt zu beenden.

Herr Eickelmann meint, dass das Thema politisch gelöst und die Öffentlichkeit einbezogen werden müsse. Es sei ein guter Punkt, im Rat zu beschließen und die Öffentlichkeit einzubeziehen.

Herr Halbe schlägt vor, dass in die Tagesordnung der anstehenden Ratssitzung ein zusätzlicher Punkt aufgenommen wird, der "Wisent-Projekt" lautet. Die Verwaltung würde unter dem Eindruck der heutigen Diskussion einen Vorschlag erarbeiten und versuchen, diesen Anfang nächster Woche an die Fraktionsvorsitzenden zu schicken.

Einwände gegen den Vorschlag werden nicht erhoben.

TOP 8 Verschiedenes

TOP 8.1 Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion zur Organisation und Öffentlichkeit des Energie- und Klimabeirates

Herr Poggel nimmt Bezug auf den von der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion gestellten Antrag zur Organisation und Öffentlichkeit des Energie- und Klimabeirates und führt aus, dass er sich die Protokolle des Energie- und Klimabeirates angeschaut habe und er könne in keinem Punkt erkennen, dass die CDU-Fraktion dominiere. Er stelle fest, dass Herr Meyer in vielen

Punkten allein gestanden habe. Zum Punkt "Kostenloser Busverkehr" habe Herr Meyer selbst erkannt, wie schwierig das Thema sei. Der Punkt sei daher einvernehmlich zurückgestellt worden. Er fragt Herrn Meyer, wie er dazu komme, von der Ungleichbehandlung durch die CDU zu sprechen.

Herr Meyer kritisiert, dass zum Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion auf kostenlosen Busverkehr Herr Schrewe bemängelt habe, wie man so einen Antrag stellen könne. Ihn störe es, dass man nicht offen an die Sache herangehe und er hätte gerne die Öffentlichkeit dabei, damit diese nachvollziehen könne, wie die Diskussion abläuft.

Herr Eickelmann schlägt als möglichen Kompromiss vor, dass vielleicht die Öffentlichkeit so hergestellt werden könne, dass man der Öffentlichkeit sage, was beschlossen worden sei, z. B. dergestalt, dass im öffentlichen Teil in einem Punkt aufgeführt würde, welche Punkte beschlossen wurden.

Herr Dr. Schütte moniert folgende Passage aus der Begründung des Antrags der B'90/Die Grünen-Fraktion, in dem es heißt "Der jetzige „Zustand“ des Beirates hat bereits ein politisches Übergewicht der Mehrheitsfraktion. Es besteht dadurch die Gefahr, dass Vorschläge und Anträge nicht mehr ergebnisoffen beraten, sondern bereits vorab politisch entschieden werden. Verglichen mit anderen Kommunen sind die dortigen Klimabeiräte nicht nach politischem Proporz eingerichtet und beraten darüber hinaus durchweg öffentlich."

Herr Fischer ergänzt, dass das Demokratie sei. Das Wahlergebnis spiegele sich in den Ausschüssen und im Energie- und Klimabeirat wider. Die Kritik von Herrn Meyer entspreche nicht demokratischen Gepflogenheiten.

Herr Meyer erinnert daran, dass die Kanalüberlassung an den Ruhrverband ohne Parteiproporz diskutiert worden sei. Da habe man das hinbekommen, nach sachlichen Kriterien zu entscheiden.

Herr Schrewe führt aus, dass der Energie- und Klimabeirat erst zwei Sitzungen gehabt habe und sich in der Findungsphase befinde. Man wolle erstmal die Probleme lösen, die machbar seien. Ziel sei nicht gewesen, die Diskussion in der Zeitung zu lesen. Nächstes Ziel des Energie- und Klimabeirates sei u. a. das Thema Öffentlichkeit. Er bittet Herrn Meyer, zur Arbeit des Energie- und Klimabeirates beizutragen.

Herr Poggel legt abschließend dar, dass die bisherigen Sitzungen des Energie- und Klimabeirates harmonisch verlaufen seien. Aus den Protokollen ergebe sich nicht, was Herr Meyer beantrage.

TOP 8.2 Beitragssatzung Straßenbaubeiträge

Herr Eickelmann führt aus, dass die Beitragssatzungen zu den Straßenbaubeiträgen angepackt werden müssen und er fragt, ob in diesem Zuge in der Satzung geregelt werden könne, dass auch eine Beitragspflicht entstehe, wenn ein Grundstück über ein bestehendes Wegerecht erschlossen werde.

Herr Plett erläutert, dass sich die Beitragspflicht bei einem Wegerecht aus dem Beitragsrecht und der Rechtsprechung ergebe. Der neue § 8a KAG bringe aus seiner Sicht keine Notwendigkeit mit, die Satzung zu ändern. Das seien auch die Auffassungen des Ministeriums und des Städte- und Gemeindebundes NRW. Er erläutert dies anhand von Beispielen und teilt zum weiteren Vorgehen mit, dass die Verwaltung auf das Förderprogramm des Landes warte.